

Schriftlicher Bericht

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/1144

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
- Drs. 19/1539

Berichterstattung: Abg. Dr. Dörte Liebetruh (SPD)

Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung empfiehlt dem Landtag in der Drucksache 19/1539, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Diese Beschlussempfehlung kam im federführenden Ausschuss bei Stimmenthaltung des Ausschussmitgliedes der Fraktion der AfD mit den Stimmen aller anderen Ausschussmitglieder zustande. Der mitberatende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen stimmte wie der federführende Ausschuss ab.

Wesentlicher Gegenstand des am 12.04.2023 sogleich an die Ausschüsse überwiesenen Gesetzentwurfs ist die rückwirkende Weiterleitung von sogenannten Regionalisierungsmitteln in Höhe von 1 Milliarde Euro, die der Bund mit dem Achten Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes und zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 16.12.2022 (BGBl. I S. 2352) mit Wirkung vom 21.12.2022 zusätzlich zur Verfügung gestellt hatte, an die Aufgabenträger des Öffentlichen Personennahverkehrs in Niedersachsen nach dem bisherigen Schlüssel.

Der Ausschuss hat zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchgeführt. Er sieht keinen Änderungsbedarf.